



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



DR. ANDRE LEYSEN

Vorsitzender des Verwaltungsrates der GEVAERT N.V., Antwerpen

EUROPÄISCHE PERSPEKTIVEN

VORTRAG AM ÜBERSEETAG, 7. MAI 1991



Meine Damen und Herren!

Es ist für einen Antwerpener ein Vergnügen, in Hamburg zu sein. Er bleibt in maritimer Umgebung, redet mit klugen Herren und charmanten Damen, zieht sich abends vergnügt in einem sehr vornehmen Hotel zurück und wähnt sich im Schläfe im Fernen Osten.

Hamburg und Antwerpen haben beide ein leidgeprüftes Schicksal. Antwerpen wurde nach dem Westfälischen Frieden für über hundertfünfzig Jahre von seiner Lebensader, der Schelde, getrennt. Die Schifffahrt ruhte, aber die Stadt überlebte dank des ungebrochenen Geistes seiner Einwohner. Wer uns das eingebrockt hatte, darf ich hier, in Anwesenheit des Botschafters der Niederlande, nicht sagen.

Nur weiß jeder, daß das goldene Zeitalter Amsterdams anschließend anfang. Hamburg wurde nach dem letzten Krieg für fast ein halbes Jahrhundert von seinem Hinterland abgeschnitten. Stadt und Hafen blühten jedoch weiter – dank des ungebändigten Willens seiner Bürger. Nun, nach der Vereinigung und nach den Ereignissen im Osten liegt ihr Hafen wieder dort, wo er hingehört: im Zentrum Europas. Wir Antwerpener freuen uns darüber, Sie haben es verdient. Ich empfinde es denn auch als besonders ehrend, am ersten Übersee-Tag nach diesen denkwürdigen Ereignissen zu Ihnen sprechen zu dürfen. Mit der deutschen Vereinigung ist ein wesentliches Hindernis für eine weitere europäische Zusammenarbeit beseitigt. Diese wiederum ist die Voraussetzung für Europas weiteres Wirken im Zentrum der westlichen Welt – und dies bringt mich zu meinem Thema.

Zum erstenmal in der Geschichte gibt es eine wirkliche Chance auf Einheit des Westens. Die ideologische Barriere, der Kommunismus, ist gefallen. Die durch die technologische Entwicklung bedingte Tendenz zur Globalisierung führt zu einem Wirtschaftssystem und anschließend zu politischer Konvergenz.

Ein amerikanischer Historiker formulierte Anfang letzten Jahres sogar die etwas überzogene These, wir würden nun wohl das Ende der Geschichte erleben. Seiner Meinung nach strebe alles auf eine einheitliche und etwas langweilige Welt zu. Er scheint dabei wohl das Opfer eines typisch westlichen Denkens geworden zu sein, die Welt nämlich als eine ausschließlich westliche zu betrachten, ohne den anderen Kulturgebieten Aufmerksamkeit zu widmen.

Geschichte – betrachtet man sie in ihrem Auf und Ab – entwickelt sich ungleichmäßig. Auf Zeiten relativer Stabilität, so die letzten Jahrzehnte, folgen Perioden hektischer Entwicklung wie die, die wir zur Zeit erleben, um danach in die alte, ruhige, gemächliche Entwicklung zurückzufallen. Die Geschichte zeigt Parallelen zur Geologie: Tektonische Spannungen bauen sich über Jahrzehnte unter der Oberfläche auf, um sich dann – in wenigen, entscheidenden Momenten – explosiv zu entladen. Derartige historische Erdbeben waren 1789: der Abschied vom Ancien régime, 1914: das Ende der vom Wiener Kongreß eingeleiteten europäischen Ordnung, und heute, da wir die Gotterdämmerung der marxistischen Ideologie erleben. Ein Zeitraum von zweihundert Jahren, der uns vom Absolutismus über die sich entfaltende konstitutionelle Monarchie und, nach einem Rückfall in die Diktatur, zum Durchbruch der Demokratie im Westen verhalf.

Die Geschichte geht weiter, sie ist nicht zu Ende. Es beginnt ein neues Kapitel, das fesselnd und gefährlich zugleich ist. Das wirklich Neue der kommenden historischen Periode liegt wohl darin, daß wir mittlerweile innerhalb der westlichen Welt in Kategorien der Zusammenarbeit denken, während wir uns im Verhältnis zu den anderen Kulturgebieten noch in einer sich verschärfenden Konfliktphase befinden. Will der Westen seiner gestaltenden und ordnenden Rolle im Weltgeschehen gerecht werden, ist Einheit eine unabdingbare Notwendigkeit. Ohne sie ist ein fruchtbarer Dialog mit der übrigen Welt nicht möglich. Dieser Dialog ist die Aufgabe der nächsten Jahrzehnte, falls wir eine stetige und harmonische Entwicklung hin zu einer universellen Ordnung wünschen.

Ich verstehe unter dem Begriff „westliche Welt“ das Gebiet, das sich historisch auf die abendländische Kultur stützt und sich von San Francisco bis Wladiwostock erstreckt. Dies in Kontrast zu anderen großen Kulturräumen, wie denen des pazifischen Raums, um den Indischen Ozean und Afrika. Die westliche Welt wird in Zukunft – und das für sehr lange Zeit – auf drei Säulen ruhen: dem amerikanischen Kontinent, Europa und Rußland mit seiner Völkergemeinschaft.

Vor einer weiteren Erörterung der möglichen Entwicklung in Europa und Rußland ist es angebracht, die Lage auf dem amerikanischen Kontinent und vor allem die der Vereinigten Staaten zu untersuchen. Dort scheinen die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse am stabilsten. Schon heute gibt es eine De-facto-Einheit mit Kanada.

Nach dem Niedergang der Sowjetunion werden die Vereinigten Staaten für geraume Zeit die einzige Weltmacht sein, die gleichzeitig als Weltpolizist wird fungieren müssen. Das wird sich als eine schwierige und sehr undankbare Aufgabe erweisen. Könnten sie dabei nicht das Opfer eines „imperial overstretch“ werden, ein Begriff, der in Paul Kennedys Buch „The Rise and Fall of great Powers“ so hervorragend definiert wird? Der Autor behauptet, eine Weltmacht, die die Nummer eins zu bleiben wünsche, brauche nicht nur militärische Macht und nationale Eintracht, sondern müsse gleichzeitig über eine nach außen florierende, effiziente ökonomische und finanzielle Basis mit einem gesunden sozialen System verfügen. Dies, um ihre militärische Stärke und Ansprüche verwirklichen zu können.

In einem kürzlich erschienenen Artikel warnt er vor der Gefahr, nach der erfolgreichen Beendigung des Golfkonflikts unsere Augen vor der Tatsache zu verschließen, daß zurückgehende Produktivität, eine sich im Verfall befindende soziale Struktur und ein sehr mittelmäßiges Erziehungssystem keine gesunde Basis sind, um die Weltmachtambitionen der USA dauerhaft abstützen zu können.

Persönlich bin ich der Ansicht, daß Kennedy zu pessimistisch ist. Man darf das große Anpassungsvermögen der USA und ihre Fähigkeit, korrigierend einzugreifen, nachdem die Notwendigkeit dafür einmal erkannt worden ist, nicht unterschätzen. Eine Warnung ist trotzdem wohl angebracht.

In Europa ist die künftige politische Entwicklung vorgezeichnet. Der Fortschritt der zwölf Nationen auf dem Weg zu größerer Einheit ist unumkehrbar. Wohl müssen noch viele Hindernisse weggeräumt werden, bevor sich einige Staaten bereit finden werden, große Teile ihrer Souveränität aufzugeben. Manche sind der Meinung, die Entwicklung zu mehr Einheit müsse in klardefinierten Schritten in relativ kurzer Zeit realisiert werden. Konvergenz ist jedoch ein kontinuierlicher Prozeß, in dem das Handeln auf ein bekanntes Ziel hin dauernd pragmatisch angepaßt werden muß. Derartige Prozesse können außerdem nicht mit kartesischer Logik ablaufen, da die Völker ihre historisch gewachsenen Empfindlichkeiten wie ein Rechnerprogramm in sich tragen. Jedes Land hat da eigene, und als Bewohner eines Landes, das an der Nahtlinie der romanischen und der germanischen Welt liegt, bin ich mir der differenzierten Sensibilitäten besonders bewußt.

So ist Deutschland durch zwei verlorene Kriege und die darauf folgende Inflation geprägt, Frankreich ist es durch seine große nationale Vergangenheit und durch die prärevolutionären Ereignisse des Jahres 1968, Italien und Belgien wiederum durch das Gefühl, über vierhundert Jahre der Spielball der Großmächte gewesen zu sein, und Großbritannien schließlich durch seine Insellage und seine große demokratische Tradition. Diese verschiedenen geschichtlichen Wahrnehmungen und die daraus entstehenden Verhaltensweisen können nur durch gemeinschaftliche Erfahrungen langsam angepaßt werden, um anschließend die Grundlage für eine gemeinsame Politik zu bilden.

Darüber hinaus hat jedes Volk Auffassungen über andere, die auf Vorurteilen basieren. So wurde die deutsche Vereinigung im Westen manchmal als die denkbare Auferstehung eines militanten Deutschlands erfahren. Heute, kaum ein Jahr später, unter dem Einfluß der Golfkrise, sieht man Deutschland mehr als eine pazifistische Nation, die ihrer Verantwortung international nicht gerecht wird. Diese generalisierenden und sich widersprechenden Behauptungen werden in Zukunft vielleicht zu einer ausgewogeneren Beurteilung der deutschen Haltung führen. Neue Erfahrungen müssen alte Vorurteile aus dem Wege räumen und die Grundlage sein für ein gemeinschaftliches Denken und Handeln.

Alles das verlangt Zeit und Geduld. Erinnern wir uns doch daran daß Deutschland nach dem Wegfall der ersten preußischen Zollgrenzen im Jahre 1818 siebenzig Jahre brauchte, um den Zollverein zu vollenden. Bremen und Hamburg waren die letzten, die sich 1888 anschlossen. Es wohnten hier offensichtlich sehr, aber auch sehr bedächtige Leute. Um die politische Einheit des Reichs zu vollenden, brauchte man fünfundsiebenzig Jahre, und die deutsche Einigung im Jahre 1870 war, verglichen mit der europäischen, ein einfacher Prozeß.

Seit dem Abschluß des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages, der der Ansatzpunkt und der Kern der europäischen Zusammenarbeit war und auch in Zukunft bleiben soll, sind kaum fünfundsiebenzig Jahre vergangen. Wir können nicht plötzlich eins sein, wir müssen uns aufeinander zu entwickeln. Wohl müssen Daten gesetzt werden, damit sich die Dinge bewegen. „Europa 1992“ ist ein Beispiel hierfür. Es kommt jedoch nicht so sehr auf das Datum als vielmehr auf das Ziel an. Völker können nur dann zusammenwachsen, wenn die Zeit dafür reif ist. Und sie wird es mehr und mehr.

Die wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten lassen keine echte Wahl mehr zu. Entweder fallen wir isoliert in die Bedeutungslosigkeit zurück, oder wir bilden eine Gemeinschaft, die eine herausragende Funktion in der Gestaltung der kommenden Weltordnung wahrnimmt. Keine Nation mit einem Prozent der Weltbevölkerung kann in Zukunft noch eine wichtige Rolle spielen. Europa kann das mit sechs Prozent sehr wohl. Allein sind wir nichts. Zusammen stellen wir etwas dar. Stetig kommen wir voran, aber alles geht in Etappen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit ist bereits in der Phase der Verwirklichung. Das schafft die Basis für eine gemeinschaftliche europäische Währungspolitik. Fünf Nationen mit circa 170 Millionen Einwohnern –

Deutschland, Frankreich, Belgien, die Niederlande und Österreich – betreiben schon heute eine solche Politik im Rahmen einer Währungszone, die anderen werden unweigerlich folgen, wenn ihre ökonomische und monetäre Politik nach den gleichen stabilen Grundsätzen geführt werden wird.

Die politische Phase, so eng verflochten mit der gemeinsamen Außenpolitik, wird bis zur Vollendung noch auf sich warten lassen. Der Bundeskanzler sprach heute morgen darüber. Es ist die problematischste. Die Erfahrungen in der Golfkrise haben uns gelehrt, daß die aus der Vergangenheit herrührenden Empfindlichkeiten sehr schnell zu unterschiedlichen Verhaltensweisen führen. Um die gesamteuropäische Zusammenarbeit vom Atlantik bis zur Sowjetgrenze aufzubauen, brauchen die Zwölf Zeit. Eine zu schnelle Verwässerung der Gemeinschaft würde die gemeinschaftlichen Ziele gefährden. Sicher muß mit den legitimen Wünschen der Anwärtler gerechnet werden, aber mit Ausnahme von einigen Nationen sind diese Kandidaten mit ihrer eigenen öffentlichen Meinung noch nicht im reinen und mit den nötigen Anpassungen ihrer Wirtschaft noch nicht fertig. Mit einer Assoziation oder einem Beitritt „a la carte“, der die Wünsche aller berücksichtigt, kann man die Gemeinschaft jedoch behutsam Stück für Stück ausweiten. Ein Kompromiß zwischen wirtschaftlicher und politischer Effizienz müßte zu finden sein.

Jacques Delors' Formel für die Einigung Europas „in konzentrischen Kreisen“ scheint die praktischste. Der erste Kreis um die Gemeinschaft sind die EFTA-Länder, den zweiten bilden die drei Länder Zentraleuropas, Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn und anschließend, als dritten Kreis, die Balkanländer. Dort sind die Dinge allerdings noch im unklaren, da noch keine hinreichend demokratische Entwicklung stattgefunden hat. Es ist jedoch unzweifelhaft, daß sich alle diese Länder mittelfristig auf ein gemeinschaftliches Europa zu bewegen. Die EG übt mit ihrem Wohlstand und als Ort politischer Stabilität eine magnetische Wirkung aus.

Als ausländischer Beobachter mit Interesse für deutsche Angelegenheiten möchte ich auf die Ereignisse des vorigen Jahres, die zur Vereinigung führten, noch etwas näher eingehen. Ich tue das weder als „Ossi“ noch als „Wessi“, sondern mehr als „Bossi“, als Belgier, der im Osten tätig ist. Die Vereinigung vollzog sich in drei Etappen:

- im November 1989 durch die Wiederherstellung der Souveranität des Volkes in der DDR,
- im Juli 1990 durch die Einführung eines gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftssystems
- und im Oktober 1990 durch die Einführung eines gemeinsamen politischen Systems.

Der vom Volke abgetroztte Fall der Berliner Mauer war ein Dammbbruch. Napoleons Leitspruch: „S'engager et puis voir“ – sich stellen und dann weitersehen – war angebracht. Höchstes Lob soll denen gezollt werden, die die gebotenen Chancen im richtigen Augenblick mit der nötigen Entschlossenheit ergriffen. Heute wäre, wie jeder inzwischen weiß, in Anbetracht der weltpolitischen Lage dasselbe Resultat nicht mehr möglich. Die Konsequenzen muß man dann auch nicht als eine Katastrophe ansehen, wie einige Deutsche das am falschen Ort und im falschen Augenblick gesagt haben, sondern als den Preis für ein angestrebtes und herbeigesehntes Ziel. Einheit hat eben ihren Preis.

Wer bei einer drohenden Flutwelle von Stufenplänen sprach, war verwirrt oder echt naiv. Wer sie einzudämmen hoffte ohne schwere Opfer für alle, war gewollt naiv. Es sei jedem, je nach politischer Couleur, anheimgestellt, für sich selber zu entscheiden, welche Art der Naivität er bevorzugt.

Man hat dem deutschen Volke in gewissem Sinne aber unrecht getan. Man war auf beiden Seiten der Mauer reif für die Wahrheit. Man hat die Opferbereitschaft der einen und die politische Reife der anderen damals offensichtlich unterschätzt. Dies hat mit zur Ausbildung eines Mißverständnisses zwischen den beiden Landesteilen beigetragen. Im Osten meinte man, einen übermäßigen Anspruch auf Hilfe zu haben – das Motto war: Wir haben den Krieg mit euch verloren, aber fünfundvierzig Jahre länger gelitten –, während man im Westen sagte: Uns ist in fünfundvierzig Jahren auch nichts geschenkt worden, wir haben es uns selber alles erarbeiten müssen.

Diese Diskussion führt jedoch zu nichts, da beide Parteien recht haben. Die Kluft zwischen Anspruchsdenken und Leistungsdenken ist die mentale Mauer, die zwischen den Teilgebieten noch nicht abgebaut worden ist. Den richtigen Schnittpunkt zwischen beiden Denkart zu finden, scheint mir das Gebot der Stunde zu sein. Im Augenblick fehlt es mehr an Dialog als an Geld.

Etwas verwirrt – und dies nur nebenbei bemerkt – fühle ich mich persönlich über die hier bestehende Tendenz, die Vergangenheit eines ganzen Bevölkerungsteils aufzurechnen. Die Essenz der Demokratie ist die Toleranz, und außer in kriminellen Fällen sollte man die Vergangenheit Vergangenheit sein lassen. Denken wir dabei an Mozarts schöne Arie aus der „Zauberflöte“: „In diesen heil’gen Hallen kennt man die Rache nicht, und ist ein Mensch gefallen, führt Liebe ihn zur Pflicht.“

Was die aktuelle Wirtschaftslage in den fünf neuen Bundesländern angeht, so kann man den Eindruck eines desolaten Zustandes zunächst nicht vermeiden. Die freie Marktwirtschaft hat die morschen und maroden Strukturen der DDR mit Orkankraft hinweggefegt. Im industriellen Bereich bleibt kaum etwas aufrecht. Der Inlandsmarkt ist durch das Kaufverhalten der Einwohner der Ex-DDR, der Auslandsmarkt durch die Ereignisse im Ostblock entfallen. Wie konnte man die Trabant-Produktion aufrechterhalten, wenn niemand ihn mehr kaufen will? Wie kann man auf Sicht in Mecklenburg-Vorpommern noch Schiffe bauen, wenn die Russen nicht mehr zahlen können? Es kommen dort enorme Strukturprobleme auf uns zu.

Die Ex-DDR ist als ein industriell ausgebombtes Land zu betrachten. Vom Alten ist nur noch wenig zu erwarten, vom Neuen muß es kommen. Das Alte brach jedoch sofort zusammen, während das Neue Zeit braucht, um sich zu entwickeln. Die harte Realität ist, daß inzwischen 60 Millionen Westdeutsche zeitweilig 16 Millionen Ostdeutschen werden unter die Arme greifen müssen. Wovon früher vier lebten, werden vorübergehend fünf leben müssen. Man muß sich auf diese elementare Wahrheit einstellen, die durchaus positiven Gesichtspunkte auf mittel- und langfristige Sicht dabei jedoch nicht aus dem Auge verlieren. Die nötigen Voraussetzungen für einen zügigen Aufbau sind nach anfänglichem Zögern jetzt wohl erfüllt worden. Geldmittel sind genügend vorhanden. Was noch fehlt, ist ein Transfer von genügend Kompetenz. Die Erfahrung, um in unserem System die Programme zum Laufen zu bringen und um die reichlich vorhandene Arbeit mit den Arbeitslosen zusammenzuführen, ist im Osten noch nicht vorhanden. Außerordentliche Zustände erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. In meinem Lande sagt man: Not bricht Gesetz!

Ich frage mich oft, ob wir mit dem heutigen Gesetzesrahmen und mit der heutigen Geisteshaltung die Probleme, die sich im Jahre 1945 stellten, jemals hatten bewältigen können. In den neuen Bundesländern will man das offensichtlich versuchen. Man stelle sich einmal die Berliner Trümmerfrauen vor – mit dem heutigen Metalltarif, mit der Fünfunddreißigstundenwoche und dem garantierten Parkplatz vor der Ruine! Dieses alles wird große behördliche Kreativität und Pragmatismus voraussetzen, wobei alle Freiräume genutzt und einige Prinzipien geopfert werden sollten. Dabei sollte man sich für einmal durch Talleyrands Leitspruch leiten lassen: „Prinzipien sind wie Kissen, wenn man sich daraufsetzt, geben sie immer nach.“ Die Umgestaltung der fünf neuen Bundesländer ist jedoch eine historische Herausforderung, und man muß die heutige krisenhafte Übergangszeit in ihrem richtigen Kontext sehen. Krisen sind eben Herausforderungen.

Dies bringt mich zu der Aufgabe der Treuhand. Ich glaube, daß es an der Zeit ist, in der Öffentlichkeit ihren Mitarbeitern Dank zu sagen für das, was sie unter schwierigsten Umständen leisten. Sie verdienen es. Es wird dort mit Courage, Einsatz und großem Fleiß Hervorragendes verwirklicht. Die Treuhand fährt – um es in Schifffahrtsterminologie zu sagen – „in uncharted waters“, umsegelt dabei manche Klippe, macht auch mal Navigationsfehler, läuft gelegentlich auf – wer konnte das in einem mit so vielen Minen verseuchten Gewässer vermeiden? –, findet aber immer wieder zum richtigen Kurs zurück.

Sie macht es aber niemandem recht. Einige meinen, sie privatisiere zu schnell, andere dagegen, sie tue es zu langsam. Entweder soll sie alles verschenken oder besser auf das Geld achten. Wer ihr etwas abkauft, meint, er zahle zuviel, wer einen Abschluß aber

verpaßt, wittert Unrat. Einige meinen, sie wäre zu sozial; denn sie ließe Verurteiltes bestehen, andere, sie wäre asozial; denn sie würge kurzfristig alles ab. Die Wahrheit ist, daß sie ihre Arbeit macht, nach abgewogenen und fairen Gesichtspunkten. Sie sucht gewissenhaft nach dem Schnittpunkt, wo das sozial Erträgliche mit dem finanziell Tragbaren zu vereinbaren ist. Sie berührt große Interessen, setzt vieles in Bewegung und kann und darf auch wohl nicht populär sein. In ihren Gremien sitzen Ministerpräsidenten, Staatssekretäre, Unternehmer, Gewerkschafter und Finanzexperten. Es wird dort mit viel Sinn für Verantwortung und mit großer Kompetenz um die beste Lösung sehr hart gerungen, wobei jeder von seiner Warte aus zu einer auf Konsensbasis gesuchten Entscheidung beiträgt.

Die auch in den deutschen Unternehmen bestehende Praxis, auf Basis eines Konsenses zu handeln, scheint mir eine Stärke Deutschlands zu sein, Stärke, die in Deutschland selber oft verkannt wird. Trotz der aktuellen Schwierigkeiten glaube ich auf Sicht felsenfest an die Integration der fünf neuen Bundesländer in Wohlstand und Wohlbefinden. Es muß noch ein hoher Berg erklimmt werden, dahinter liegt aber das bessere Land. Persönlich gehe ich jede Wette ein, daß im Jahre 1995 dort Arbeitskräftemangel herrscht.

In der Zwischenzeit aber muß die Treuhänderin ihr Schicksal, der Prügelknabe der Nation zu sein, mit Würde tragen und den vorgegebenen Kurs weiterfahren. Sie fühlt sich nicht getroffen. Ich möchte hier aus der Osterbotschaft, aus dem Vermächtnis von Detlev Rohwedder, zitieren – zwei Tage vor seinem Tode geschrieben –: „Anfeindungen und Verleumdungen sind keine Kritik und können uns daher nicht treffen. Ihre Aufgabe ist Dienstleistung für das ganze Volk.“ Die Sphäre des Pessimismus, die einem Ausländer beim überschreiten der deutschen Grenze entgegenschlägt, soll man allerdings nicht allzu ernst nehmen; denn schon Tacitus schrieb in seinen Annalen: „Die Nachrichten aus Deutschland sind schlecht.“ Er fuhr fort: „Und das in einem Lande, wo alle Nachrichten geglaubt werden, vorausgesetzt, es sind schlechte“.

In einem Punkte muß ich mich noch berichtigen. Ich habe früher immer gesagt, die Deutschen waren so tüchtig, daß sie sogar den Kommunismus erfolgreich gestalten konnten. Das stimmt nicht: So ein System erfolgreich gestalten können sogar sie nicht; dafür bräuchte man Übermenschen, und die sind ja nun gänzlich aus der Mode. Was wohl möglich ist, ist, ein Musterbeispiel zu werden, wie man die Folgen des Kommunismus beseitigt. Dies scheint mir die deutsche Herausforderung der nächsten Jahre zu sein.

Das neue Deutschland, im Wohlstand vereinigt, wird dann, im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft fest eingebunden, der Treibriemen für die Entwicklung im Osten sein. Die Zustände in den Gebieten, die sich im Augenblick noch die Sowjetunion nennen, sind völlig unübersichtlich. Voraussagen erscheinen hier dann auch gefährlich. Dennoch kann man einige Grundtendenzen erkennen und daraus Schlüsse ziehen. Ob das die richtigen sind, wird die Zukunft erweisen müssen, denn Voraussagen sind, wie jedermann weiß, schwierig, vor allem, wenn es um die Zukunft geht. Ich will hier nicht als – wie der Bundeskanzler das bezeichnet – Kremlastrologe fungieren, sondern als Beobachter geschichtlicher Vorgänge.

Vier Aussagen darf man vorerst schon wagen:

- Einen humanen Kommunismus gibt es nicht. Das System basiert leider auf Terror. Fällt dieser weg, dann bildet sich zwangsläufig ein pluralistisches System heraus. Koexistenz der beiden in einem Land wird es auf Sicht nicht geben. Entweder man kehrt zum System der Unterdrückung zurück, oder der Weg führt zu einem glaubwürdigen demokratischen System. Kurzum, der Kommunismus ist nicht reformierbar. Literatur über einen dritten Weg zwischen beiden Systemen bleibt Literatur.
- Auf ökonomischem Gebiet ist der Kommunismus nicht zusammengebrochen durch revolutionäre Entwicklungen – das waren nur Symptome –, sondern weil das System völlig abgewirtschaftet hatte. Alles war Schein, war morsch, war wie eine Parade auf der Karl-Marx-Allee, einer Prachtstraße, deren Seitenstraßen nur bis zum dritten Haus gestrichen, von dem vierten Haus an dem Verfall preisgegeben waren. Die bekannten Potemkinschen Dörfer.
- Weiterhin ist es offensichtlich, daß die Sowjetunion eine imperiale Konstruktion ist, genau wie das Britische Imperium im 19. Jahrhundert. Ohne Zwang muß sie

auseinanderfallen. Ein möglicher weiterer Zusammenhalt kann nur auf der Grundlage von Freiwilligkeit gefestigt werden.

- Und schließlich wird die Sowjetunion mit kulturellen und religiösen Problemen konfrontiert, ganz besonders zwischen den russisch-orthodoxen und den muslimischen Gemeinschaften.

Diese vier Faktoren, deren Symptome mehr als siebenzig Jahre unterdrückt oder verborgen wurden, drängen nun an die Oberfläche und führen zu enormen Spannungen. Wie diese in einer Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens und großen materiellen Elends behoben werden können, ist kaum vorauszusagen. Rußland stehen nur zwei Wege offen: Entweder entwickelt es sich zu einem „Pinochet“-Regime oder zum Chaos hin. Der erste Weg ist leider keine Lösung, da kein autoritäres System der vollständig daniederliegenden Wirtschaft nachhaltig wieder auf die Beine helfen kann. Da liegt das wahre Problem. Es gäbe bestenfalls eine Scheinblüte. Einem Land, in dem ein Flugticket Moskau–Tiflis und zurück 22 Rubel und ein Kilo Tomaten 25 Rubel kostet, ist wirtschaftlich mit autoritären Maßnahmen nicht mehr zu helfen. Diese „Pinochet“-Lösung würde nur ein Hinausschieben der Zwangsvollstreckung bedeuten und eine spätere Lösung der wirtschaftlichen Probleme weiter erschweren. Die zweite Lösung, der Zusammenbruch, das vorübergehende Chaos, ist ein schmerzhafter Weg, aber wohl der einzige, um auf längere Sicht eine neue Gesellschaft entstehen zu lassen. Die Gefahr einer vollständigen Desintegration durch die Nichtsteuerbarkeit des Prozesses ist dabei allerdings nicht auszuschließen. Das De-Tocquevillesche Diktum, daß es für ein autoritäres System erst recht schwierig wird, wenn es sich bessert, wird bestätigt. Die einzige reelle Chance für das System ist ein stufenweise durchgeführter Ruckzug. Aber wie will man das organisieren?

Man darf hier aber den Begriff Chaos nicht nur als totales Durcheinander verstehen, sondern eher im modernen physikalischen Sinne als einen Zustand der Anarchie, der auf Sicht tendenziell ordnende Elemente in sich trägt. Diese Art Chaos wird wahrscheinlich nicht zu vermeiden sein. Deutlich ist, daß Rußland vor Entwicklungen steht, die ihm frühestens in einigen Jahrzehnten einen für westliche Begriffe akzeptablen Lebensstandard verschaffen werden.

Rußland steht wieder vor einer neuen „Smuta“, einer Zeit der Wirren, wie in den Anfangsjahren des 17. Jahrhunderts, kurz nach dem Tod von Iwan dem Schrecklichen. Die Analogie ist augenfällig. Ich zitiere aus einem Kapitel über die „Zeit der Wirren“ aus Valentin Gittermanns „Geschichte Rußlands“: „Da alle Schichten der Bevölkerung angesichts der lang andauernden absolutistischen Regierungszeit entmündigt waren, verursachte das Aussterben der Dynastie eine Periode der Anarchie und Ratlosigkeit. Erst nach schweren Konvulsionen, die mehr als zwanzig Jahre dauerten und in die alle gesellschaftlichen Stände miteinbezogen waren, gelang es, das Land aus dem Chaos der Anarchie zu befreien.“

Rußland muß erst noch wählen zwischen Reich oder Region, zwischen Revolution oder Restauration und zwischen Repression oder Reform. Man kann sich offensichtlich nicht entscheiden. Wenn es aber so weitergeht, könnte es Rußland so ergehen wie dem in der französischen Literatur so wohlbekannten Esel des Philosophen Buridan: Er starb vor Hunger vor zwei Haufen Heu, weil er nicht wußte, von welchem er zunächst fressen sollte. Dennoch sollten wir nicht vergessen, daß Rußland in dieser Periode eine Weltmacht in Auflösung – vielleicht –, gleichzeitig aber eine Weltmacht in spe sein wird. Wenn die Umwandlung je beendet sein wird, wird das Kern-Rußland mit seinen drei slawischen Republiken und 220 Millionen Einwohnern und großem Reichtum an Bodenschätzen aufs neue eine europäische Großmacht sein. In der Übergangszeit sollen wir Rußland beistehen, ihm helfen, wo wir können. Es wird schwierig sein, das im richtigen Moment zu tun, aber wir müssen es versuchen. Zusammenfassend möchte ich folgende Thesen aufstellen:

In der westlichen Welt

- ist Amerika voraussichtlich an der Grenze seiner Belastbarkeit; es ist unwahrscheinlich, daß es noch zwanzig bis dreißig Jahre die Rolle der einzigen politischen und militärischen Großmacht ausfüllen kann;
- ist Europa auf wirtschaftlichem Gebiet eine Großmacht, aber auf politischer Ebene für eine längere Zeitspanne – noch – nicht fähig, eine Funktion als Weltmacht auf sich zu nehmen;

- wird die Sowjetunion in den nächsten fünfzig Jahren eine unverlässliche und instabile Nation mit sich auflösender Militärmacht und schwacher Ökonomie sein. Der Westen hat aber, trotz der in den drei Säulen stark divergierenden Entwicklung, ein Bedürfnis nach engerer Zusammenarbeit. Diese ist die notwendige Grundlage für ein gemeinsames Verhalten Dritten gegenüber. Daß dies möglich ist, beweist die gemeinschaftliche Haltung in der Golfkrise.

In dem breiten westlichen Rahmen ist unterdessen – in Erwartung stabilerer Strukturen in Rußland – eine viel engere Zusammenarbeit zwischen Nordamerika und Europa in einer atlantischen Partnerschaft eine absolute Notwendigkeit. Die atlantische Welt ist eine Insel des Wohlstandes inmitten eines unruhigen Ozeans.

Der nächste konzentrische Kreis muß Europa und Amerika enger aneinanderbinden. Der Nutzen ist evident; denn wir sind komplementär: Eine politische Großmacht, die angesichts ihrer globalen politischen Verantwortung auf wirtschaftlichem Gebiet an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt ist, verbindet sich mit einer ökonomischen Großmacht, die auf politischem Gebiet noch lange handlungsunfähig bleiben könnte. Wir müssen unsere Stärken und Schwächen ausgleichen. Amerika hat uns in der Zeit des Ost-West-Konfliktes zur Seite gestanden. Es bleibt unsere Aufgabe, Amerika ein treuer Partner zu sein.

Die großen, externen Herausforderungen für die westliche Welt für die Zukunft sind:

- die ökonomische Herausforderung des Fernen Ostens,
- die demographische Herausforderung der unterentwickelten Länder und die damit zusammenhängenden Völkerwanderungen, die auf uns zukommen, deren Ausmaße wir nicht unterschätzen sollten,
- und die ideologische Herausforderung der arabisch-muslimischen Welt.

Um diesen großen Herausforderungen der Zukunft begegnen zu können, braucht der Westen Einheit. Diese kann nur verwirklicht werden, wenn Europa auf wirtschaftlicher und politischer Ebene mit einer Stimme spricht. Denn nur ein einiges Europa kann ein ernst zu nehmender Partner in einer atlantischen Gemeinschaft sein, die der Kern des Westens sein muß, so lange, bis Rußland reif ist, uns in Stabilität und Freiheit zu ergänzen.

Die Geschichte ist also nicht zu Ende. Sie lebt und entwickelt sich von einer lokalen über eine nationale und kontinentale zu einer globalen Weltordnung hin. An dieser Entwicklung mitzuwirken ist die Aufgabe dieser Generation.

Vielen Dank.

